A2-091: Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!

Antragsteller*innen	Delegierte der Grünen Jugend Berlin (dort beschlossen am: 27.11.2022)

Antragstext

Von Zeile 90 bis 92 einfügen:

ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft. Deswegen muss die Bundesregierung Energiekonzerne schon jetzt dazu zwingen, umfängliche Mittel für die Bezahlung der auf uns zukommenden Ewigkeitskosten vor Ort in den Braunkohlerevieren und der Klimakrise global bereit zu halten. Die Verstromung von fossilen Rohstoffen ist aktuell nur rentabel, da externe Kosten von der Allgemeinheit getragen werden. RWE und Co. müssen sich endlich den wahren Kosten stellen. Hierfür braucht es einen Klimafolgen-Fond in den RWE und Co. einzahlen. Es kann nicht sein, dass Energiekonzerne Profite auf Kosten der Allgemeinheit machen und diese als Dividenden an ihre Aktionär*innen ausschütten, während offen ist, wie diese Kosten getragen werden sollen. Eigentum verpflichtet, die Energiekonzerne dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung freikaufen.

Es ist klar, dass wir schnellstmöglich aus fossilen Energien aussteigen müssen. Die betroffenen Regionen stecken mitten in einem umfassenden Strukturwandel. Dieser muss sozial und gerecht gestalten werden und darf die abhängigen Arbeiter*innen nicht vergessen zurücklassen.

Wenn wir sagen, wir wollen Energiekonzerne vergesellschaften sprechen wir von den zukunftsfähigen Bereichen: den erneuerbaren Energien, Infrastruktur wie Stromnetzte etc. und nicht die veraltete fossile Infrastruktur.Die Energieversorgung gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr

Begründung
Ewigkeitskosten: Folgekosten des Bergbaus, insbesondere durch die Sümpfungsmaßnahmen, also das Abpumpen des Grundwassers für den Tagebau, aber auch Kosten die durch giftige Aschen und Schlacken, die nach der Verbrennung auf Deponien landen und unzureichend dokumentiert sind, entstehen.

Alles weitere erfolgt mündlich.